



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Intensivsprachförderung an Schulen erhalten**

Einzelplan **04** Hessisches Kultusministerium

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 59 Schulen
Buchungskreis: 2300

Produktnummer lt. Leistungsplan 21

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund

	von	Veränderung um	auf
--	-----	-------------------	-----

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

	von	Veränderung um	auf
Gesamtkosten	227.291,3	+ 17.392,4	244.683,7
Produktabgeltung	224.595,3	+ 17.392,4	241.987,7

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Im Jahr 2021 kamen bis Ende September knapp 7.000 Geflüchtete nach Hessen. Schätzungsweise 40 Prozent der Geflüchteten sind Kinder und Jugendliche. Über 1800 Unbegleitete minderjährige Ausländer*innen (UMA) befinden sich in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit in Hessen. Schulen müssen für die Bewältigung dieser Aufgabe besser ausgestattet werden. Die Landesregierung will die Stellen für die Intensivsprachförderung von 1.338 (2021) auf 1.051 (2022) abbauen. Tatsächlich werden diese Lehrkräfte aber nach wie vor gebraucht, weshalb die Landesregierung den aktuellen Personalschlüssel aufrechterhalten sollte.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske